

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXIV/214

Bonn, den 7. November 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	Verlängern oder nicht? ----- Keine Atempause für den EWG-Ministerrat Von Dr. Ilse Elsner, MdB, Mitglied des Europäischen Parlaments	33
1a	Das letzte Wort? ----- Zur Reaktion der SED auf die Regierungserklärung	36
2 - 3	Späte Einsichten ----- Die odysseeische Schulpolitik der CDU des Saarlandes Von Professor Dr. Günter Slotta, MdB	60
4 - 5	Die Weltbevölkerung in Zahlen ----- Jede Minute kommen 132 Menschen hinzu -----	86

Verlängern oder nicht?

Keine Atempause für den EWG-Ministerrat

Von Dr. Ilse Elsner, MdB,
Mitglied des Europäischen Parlaments

Die Übergangszeit für den EWG-Vertrag geht am 31. Dezember dieses Jahres zuende. Bei weitem nicht alles ist unter Dach und Fach, was in dieser Zeit für das Zusammenleben der sechs Mitgliedsstaaten vollbracht sein sollte. So ist die Frage entstanden, ob man diese Übergangszeit verlängern soll oder nicht.

Nur eine Minderheit der sozialdemokratischen Fraktion des Europäischen Parlaments wäre dafür (siehe Europa-Nachrichten Nr. 29/69 vom 24. Oktober 1969). Die Mehrheit teilt aus gutem Grund diese Meinung nicht. Wir würden damit dem Rat der Europäischen Gemeinschaften nur eine neue Atempause gewähren, in der er fällige Entscheidungen weiter vor sich herschieben könnte. Die Kommission selbst vertritt aus dieser Überlegung heraus die Meinung, daß die Übergangszeit, wie im Vertrag vorgesehen, auslaufen sollte. Sie wird keinen Antrag auf Verlängerung stellen.

Viele Fortschritte in der EWG sind, wie die Vergangenheit anschaulich lehrt, nur unter Zeitdruck entstanden. Wer den Zeitpunkt gerade jetzt für den Ministerrat aufheben würde, gäbe zu erkennen, daß er selbst gegenüber dem Fortschritt in der EWG auf Verzögerung gestimmt ist. Denn der Zeitgewinn würde nicht dazu führen, daß Entscheidungen gründlicher vorbereitet werden, wie mancher glauben mag, sondern nur, sie hinauszuschieben. So aber bleibt das fixierte Datum eine Mahnung für den Rat, fällige und überfällige Entscheidungen wenigstens einzuleiten.

Verkennen sollte auch niemand den negativen psychologischen Effekt eines solchen Antrages auf die Bevölkerung unseres Landes. Die Desillusionierung in der Europa-Politik ist ohnehin weit vorgeschritten. Wer würde verstehen, daß ein solcher Schritt notwendig und nicht nur ein neuer Ausweg vor einem nicht mehr fest angesteuerten Ziele wäre?

Das Ende der Übergangszeit bedeutet nicht, daß die EWG vollendet wäre, auch nach dem Vertrag nicht. Sie war nicht mehr als ein vereinbarter Zeitraum, in dem wichtige Hindernisse für das Zusammenwachsen der sechs Volkswirtschaften zu beseitigen waren. Der Anpassungsprozeß selbst wird und muß weitergehen.

Das letzte Wort? -----

Zur Reaktion der SED auf die Regierungserklärung

sp - Die Regierungserklärung der Regierung Brandt-Scheel hat, so weit es ihren deutschlandpolitischen Teil betrifft, die kommunistische SED in innere Schwierigkeiten und erkennbare Unsicherheit gestürzt. Sie hat zunächst keine Sprache, sie ließ andere vorprellen, etwa die politisch bedeutungslose DKP. Die Feststellung des Bundeskanzlers, "Auch wenn zwei deutsche Staaten existieren, sind sie doch füreinander nicht Ausland. Ihre Beziehungen zueinander können nur von besonderer Bedeutung sein, eine völkerrechtliche Anerkennung komme deshalb für die Bundesrepublik nicht in Betracht", löste nun nach langem Hin und Her in der SED-Führung den ersten im "Neuen Deutschland" formulierten Widerspruch aus. Die DDR besteht auf völkerrechtliche Anerkennung. "Neues Deutschland" spricht von einem Versuch, die längst bankrotte Hallstein-Doktrin in neue Formeln zu kleiden, und von einer Politik der Bevormundung. "Es gehe darum", so das Zentralorgan der kommunistischen SED, "die erpresserische Politik der Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten fortzusetzen."

Welch verräterische, die eigene Verlegenheit verdeckende Sprache... Gewiß denkt die neue Bundesregierung nicht daran, den anderen Teil Deutschlands zu bevormunden. Gewiß betreibt sie keine Politik der Erpressung. Hier baut die SED-Führung Gespenster auf, hinter deren Schatten sie ihre dogmatisch starre Haltung sie beizubehalten gedenkt - ganz im Widerspruch zu manchen kommunistischen Ländern, die wohl das Bestreben der neuen Bundesregierung zu würdigen wissen, um der Erhaltung des Friedens willen auch zu innerdeutschen, auf ein Neben- und Miteinander beider Teile Deutschlands abgestimmten Regelungen zu kommen.

Die Maximalforderungen der kommunistischen SED scheinen zunächst den Weg dorthin zu blockieren. Wielange noch wird die SED auf starren Positionen beharren können? Die von ihr anscheinend gewollte Fortsetzung des Kalten Krieges auf deutschem Boden steht im fundamentalen Widerspruch zu dem allgemeinen Verlangen nach einer gesicherten europäischen Friedensordnung. Ostberlin setzt sich selbst der Gefahr der Isolierung aus-

+ + +

Späte Einsichten

Die odysseeische Schulpolitik der CDU des Saarlandes

Von Professor Dr. Günter Slotta, MdB

Als Vorsitzender des Kulturpolitischen Ausschusses der SPD im Saarland begrüßte ich den Entschluß der CDU-Landtagsfraktion, "daß künftig die Grundschulen, die Hauptschulen und die Sonderschulen 'von Amts wegen' als Gemeinschaftsschulen bzw. christliche Gemeinschaftsschulen eingerichtet werden" und "daß mit der jetzt vorgesehenen Änderung der Verfassung keine Möglichkeit mehr zur Einrichtung von Konfessionsklassen an Gemeinschaftsschulen bestehe" (Saarbrücker Zeitung vom 28.10.1969).

Damit ist in diesem Punkte eine von der SPD seit langem geforderte Voraussetzung geschaffen worden für bestmögliche organisatorische und unterrichtlich-erzieherische Lösungen, für äußere und innere Reformen. Auch die weitgehende Übereinstimmung der Entscheidung des "Verbandes der Katholischen Lehrerschaft des Saarlandes" (Saarbrücker Zeitung vom 28.10.1969) mit den Grundforderungen der SPD-Saar läßt für die jetzt zu findenden Lösungen Gutes erwarten, zumal zwischen beiden bereits seit längerer Zeit ein erfreulich zunehmendes Mehr an Übereinstimmung konstatiert werden kann.

Nicht aus Rechthaberei, sondern um des klaren politischen Sachverhaltes willen, muß hier jedoch folgendes festgestellt werden: Die jetzige Position der CDU ist ihr - insbesondere von der SPD - in harten, mühevollen Auseinandersetzungen abgerungen worden. Wir wissen doch alle, daß es vor noch nicht allzu langer Zeit bei uns nur Bekenntnisschulen gab, dann wurden neben den Bekenntnisschulen auch Gemeinschaftsschulen zugelassen (wobei letztere einem disqualifizierenden Antragsverfahren ausgesetzt waren) und schließlich wurden nach langen Verhandlungen mit vielfältigen Vorschlagsvarianten

"Gemeinsame Schulen" ohne oder mit "Bekennnisklassen" vorgesehen. Das war ein unnötig langer Weg. Wo stände unser Schulwesen an der Saar heute, wären die SPD, Elternvereinigungen, vorausschauende Bürger u.a. dieser odysseeischen Schulpolitik der CDU gefolgt? Wie weit und qualitativ besser könnte unser Schulwesen heute bereits entwickelt sein, wäre die CDU-Saar früher der Einsicht in das unvermeidbar Notwendige gefolgt?

Ich stelle das nicht aus Rechthaberei fest, aus einem subjektiven Triumphgefühl und schon gar nicht - wie mir der Kultusminister unterstellt -, um mein "wöchentliches Plansoll an unfundierter Kritik an den kultur- und bildungspolitischen Maßnahmen des Kultusministeriums" zu erfüllen (Saarbrücker Zeitung vom 29.10.1969). Ich stelle das fest, damit die Grundstruktur christdemokratischer Schulpolitik an der Saar jedem Einzelnen deutlich wird: Zunächst nichts tun, dann unter dem Druck der politischen Opposition und der öffentlichen Meinung mühevoll nachgeben in kleinen Schritten (mit den Konsequenzen belastender Unruhe in den Schulen, unnötiger finanzieller Investitionen und Verzögerung besserer Bildungsmöglichkeiten für viele saarländische Kinder für längere Zeit), um letztlich doch die Position einzunehmen, die von fortschrittlichen Parteien und Kräften seit Jahren gefordert wird, und zwar gegenwärtig vor allem aus Motiven, um für die bevorstehenden Landtagswahlen in diesem Bereich noch etwas für die CDU zu retten.

Entscheidend für die weiteren Verhandlungen über die "Details der Verfassungsänderung" und die Gesetzgebung, die jetzt zügig, jedoch mit aller von der Sache her gebotenen Gründlichkeit durchgeführt werden müssen, werden folgende Probleme sein: Die Größe (Zügigkeit) der Schulen, die moderne Gestaltung der Grundschule, die Einrichtung der Hauptschule als weiterführende Schule mit allen Konsequenzen (auch hinsichtlich des Lehrerstudiums), die Festlegung der Bedingungen für die Einrichtung von Privatschulen, die Demokratisierung der Schule (Lehrer-, Eltern- und Schülerschaft) und insbesondere die vom Kultusminister seit langem versprochene Durchführung eines Gesamtschulversuchs.

Die Weltbevölkerung in Zahlen

Jede Minute kommen 132 Menschen hinzu

Vor vierzig Jahren noch vermehrte sich die Menschheit jährlich um 20 Millionen, heute sind es schon 72 Millionen. Und noch ist kein Ende der Eskalation abzusehen, wie ein soeben veröffentlichter Bericht des Amtes für Bevölkerungsfragen in Washington zeigt. Das Amt erfaßte in seiner Studie 137 Länder und Territorien. Die Unterlagen wurden ihm von den Vereinten Nationen zur Verfügung gestellt.

Zur Zeit werden in jeder Sekunde durchschnittlich 3,9 Babies geboren, und in jeder Sekunde sterben fast 1,7 Menschen. Pro Sekunde vermehrt sich die Menschheit durchschnittlich um 2,2 Personen, das sind 132 in der Minute, 190 000 am Tag und über 1,3 Milliarden pro Woche.

Am 1. Juli 1969 lebten auf der Welt rund 3,551 Milliarden Menschen. 1975 werden es voraussichtlich vier Milliarden und im Jahr 2000 bereits sieben Milliarden sein, die unsere Welt bevölkern.

Gegenwärtig wächst die Weltbevölkerung jährlich um 2 Prozent. Aus die einzelnen Erdteile bezogen, schwankt der jährliche Zuwachs zwischen weniger als einem Prozent in Europa und mehr als drei Prozent in Lateinamerika.

Das Land mit der am schnellsten wachsenden Bevölkerung ist heute Costa Rica. Seine Einwohnerzahl hat sich bei gegenwärtig 45 Geburten und sieben Todesfällen pro tausend Einwohner und Jahr in 18 Jahren verdoppelt. Wüchse sie in demselben Maße weiter, würden in Costa Rica in 100 Jahren 75 Millionen Menschen leben - vierundvierzigmal so viel wie heute.

Die Länder mit der niedrigsten Zuwachsrate sind zur Zeit Luxemburg, Belgien und die DDR. Sie benötigten bei gleichbleibendem Wachstum 700 Jahre, um ihre Einwohnerzahl zu verdoppeln.

Die höchsten Geburtenraten haben gegenwärtig drei afrikanische Staaten zu verzeichnen, die Elfenbeinküste mit 56 sowie Togo und Guinea mit je 55 Geburten pro tausend Einwohner und Jahr. Ungarn rangiert mit 14,6 Geburten am unteren Ende der Skala.

Berechnungen der Demographen zufolge hat es 600 000 Jahr gedauert, bis die Weltbevölkerung um 1800 die Milliardenengrenze erreichte. 1930 waren es bereits 2 Milliarden, und selbst der gewaltige Aderlaß des Zweiten Weltkrieges hat nicht zu ändern vermocht, daß daraus inzwischen weit über drei Milliarden wurden.

- * Von diesen leben allein 1,990 Milliarden oder 56 Prozent in Asien.
- * 456 Millionen oder 13 Prozent in Europa (ohne Rußland), 344 Millionen oder 10 Prozent in Afrika und 276 Millionen oder acht Prozent in Lateinamerika. Die restlichen 13 Prozent verteilen sich
- * auf Nordamerika (225 Millionen), die UdSSR (241 Millionen) und
- * Ozeanien (19 Millionen).

Interessante bevölkerungsstatistische Erkenntnisse resultieren aus einer Aufgliederung der Welt in "reiche" und "arme" Gebiete.

- * Zu den "reichen" gehören Europa, die UdSSR, Nordamerika, Australien, Neuseeland und Japan mit insgesamt rund einer Milliarde Menschen.

Dort halten sich Geburt und Tod in etwa die Waage. Überbevölkerung ist für sie keine Gefahr, verfügen sie doch über ausreichende Nahrungsmittelreserven und die erforderlichen Bildungseinrichtungen, um allen ihren Bürgern ein menschenwürdiges Dasein zu sichern.

- * In den "armen" Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas. Dort leben zur Zeit 2,6 Milliarden Menschen, und täglich werden es mehr.

Mit der Einwohnerzahl wachsen Hunger und Verelendung.

Von den auf der Erde täglich geborenen 337 000 Kindern erblicken mehr als 280 000 in "armen" Ländern und nur rund 50 000 in den "reichen" Staaten das Licht der Welt.

Das Bruttosozialprodukt pro Kopf der Bevölkerung in den "armen" Ländern schwankt zwischen 60 Dollar im Jahr in einigen afrikanischen Staaten, 90 Dollar in Indien und 200 bis 600 Dollar in einigen Staaten Lateinamerikas.

In den "armen" Ländern ist der Anteil der Jugendlichen unter 15 Jahren an der Gesamtbevölkerung mit mehr als 40 Prozent besonders hoch, verglichen mit 30 Prozent in Nordamerika und 25 Prozent in Europa. Dieser hohe Prozentsatz Jugendlicher in den "armen" Ländern bedeutet ein gewaltiges Fruchtbarkeitspotential für die kommenden Jahrzehnte. So ist damit zu rechnen, daß sich die Zahl der Frauen im besten gebärfähigen Alter (zwischen 20 und 30 Jahren) dort bis 1980 verdoppelt.

Wenn auch in vielen dieser Staaten Programme für eine sinnvolle Familienplanung und Geburtenkontrolle bereits in die Wege geleitet wurden, dürfte es noch Jahrzehnte dauern, bis sich erste konkrete Auswirkungen bemerkbar machen.

Ein großes Fragezeichen auf der demographischen Weltkarte ist heute noch China. Hier lebt gegenwärtig ein Fünftel der gesamten Menschheit. Genaue statistische Angaben liegen nicht vor. Die Vereinten Nationen nennen eine Bevölkerungszahl von 740 Millionen bei einer Geburtenrate von 34 und elf Todesfällen pro Jahr und tausend Einwohner. Diese Angaben weichen von anderen Schätzungen um rund 50 Millionen ab. Man nimmt ab, daß China selbst noch nicht über exakte statistische Unterlagen verfügt.

Dasselbe gilt im übrigen auch für eine ganze Reihe anderer Länder. Dennoch setzt sich mehr und mehr die Erkenntnis durch, wie notwendig solche Unterlagen sind. Über 175 Länder haben inzwischen neue Erhebungen für die Jahre 1970 bis 1975 angekündigt.